

Studienbogen 5: Die Verfahrensgrundsätze im Überblick

Zur Entwicklung in den letzten 30 Jahren: Rieß und Schünemann, ZIS 2009, 466 ff., 484 ff.

1. Das **Offizialprinzip**: Dazu i.e. Roxin/Schünemann, S. 70–74. Merkenwert: 1) Gegensatz Popularklage (ausgeschlossen in § 152 I) und Privatklage (für einzelne leichtere Delikte zugelassen in § 374). 2) Materieller Gegensatz ist der Verfügungsgrundsatz (= Dispositionsmaxime), gilt im Zivilprozess. 3) Ausnahmen: a) Antragsdelikte (§§ 77 ff. StGB); b) relative Antragsdelikte (bei besonderem öffentlichen Interesse von Amts wegen verfolgbar, Bejahung durch StA nach h. M. unüberprüfbar, s. BVerfGE 51, 176).
2. Das **Akkusationsprinzip**: Dazu i.e. Roxin/Schünemann, S. 74-76. Niedergelegt in § 151 (die Nachtragsanklage gem. § 266 ist keine Ausnahme, sondern erlaubt nur eine mündliche Anklage). Markiert einen Markstein in der Überwindung des Inquisitionsprozesses, darf aber in seiner freiheitsschützenden Wirkung nicht überschätzt werden (Savignys Formel vom „Wächter des Gesetzes“ sollte in Wahrheit eine bessere Kontrolle der unabhängigen Gerichte ermöglichen, und Liszts Apostrophierung der „objektivsten Behörde der Welt“ war ausdrücklich als verbreitetes Missverständnis gekennzeichnet).
3. Das **Legalitätsprinzip**: Dazu näher Roxin/Schünemann, S. 76 ff. Gegensatz: Opportunitätsprinzip, §§ 153 ff. lesen! S. ferner § 156: Immutabilitätsprinzip. Das L. ist in den 130 Jahren immer weiter zurückgedrängt worden und hat bei Vergehen im technischen Sinn (§ 12 StGB!) angesichts der §§ 153, 153 a keine prägende Bedeutung mehr, erst recht nicht in der die Grenzen des § 153 a vielfach sprengenden Praxis.
4. Die **Instruktionsmaxime**: Auch als Inquisitionsmaxime oder Ermittlungsgrundsatz bezeichnet, Gegensatz Verhandlungsmaxime, die im Zivilprozess gilt; Gegensatz materielle ./ formelle Wahrheit. §§ 152 II, 244 II. Verbleibender Markstein aus dem Inquisitionsprozess im Unterschied zum Parteiprozess.
5. Der **Mündlichkeits- und Unmittelbarkeitsgrundsatz**: Gilt nur für die Hauptverhandlung. Zum U. s. § 261, zum M. s. §§ 249 ff.
6. Der **Öffentlichkeitsgrundsatz**: Gilt nur für die Hauptverhandlung, s. § 169 GVG. Wichtigste Ausnahme ist das Jugendstrafverfahren (§ 48 JGG). Ehemals wichtige liberale Garantie, heute in Gestalt der mittelbaren Ö. Gefahr für das Persönlichkeitsrecht des Beschuldigten, s. Lebachurteil BVerfGE 35, 202.
7. Die **Konzentrationsmaxime und der Beschleunigungsgrundsatz**: Der B. gilt gem. Art. 6 EMRK, für die U-Haft gem. Art. 5 III. Die K. gilt nur für die Hauptverhandlung, ist aber durch § 229 weitestgehend erodiert (Widerspruch zu § 261!). Als Rechtsfolge der überlangen Verfahrensdauer kommen die einfache und die qualifizierte Strafzumessungslösung, deren Modifizierung durch die Vollstreckungslösung und das Gegenmodell der Verfahrenshindernis-Lösung in Betracht (BGHSt -GrS- 52, 124 lesen!).